

Erholungshelme in Betrieb nehmen, wurden dem Hauptort
hand überwiesen.

— Vom Sächsischen Landes-Ober- und
Weinbauverein wird mitgeteilt: Bis Mitte Oktober
soll alles Obst geerntet sein. Dann beginnt die beste Zeit
für die Herbstpflanzung. Nur Pfirsiche, Aprikosen und
Wein pflanzt man im Frühjahr. Die Baumscheiben frisch
gepflanzter Bäume bedeckt man mit Laub, Torfmoos oder
Dünger. Mit dem Auspflanzen, Auslichten der Baumkronen
sowie mit dem Schneiden kann begonnen werden. Der
Herbstschnitt gleich nach dem Laubfall ist dem späteren Früh-
jahrschnitt vorzuziehen. Stamm und Äste sind von Moos,
Flechten und abgestorbenen Rindenteilen zu reinigen. Das
Umgraben der Baumscheibe dient der Bodenlüftung, aber
ebenfalls der Schädlingsbekämpfung, da viele Puppen sich in
der Nähe des Stammes im Boden aufhalten und durch Um-
graben vernichtet werden, wie Frostspanner, Strichfliege,
Malsäfer usw. Schutzkörbe von Traubengestalt mit 45 Milli-
meter Maschenweite sind als Schutz gegen Wildfraß um die
Stämme zu legen. In den ersten Tagen des Monats, wenn
es noch nicht gefroren ist, lege man die Aesbügel als
Schutzmittel gegen den Frostspanner an. Von großer Wich-
tigkeit für die gesunde Entwicklung der Obstbäume ist das
Reifen des Bodens. Wo im Obstgarten gegraben wird, hole
man die Dünger heraus, sie verzehren viel Ungeziefer. Ein
wertvolles Futur für den Obstgarten ist das Fraßkraut, ein
lebhafte deutliches Futur, ein ausgezeichnetes Futterkraut
und Ungeziefervertilger. Erdbeerbereite sind mit Dünger zu
bedecken. Den Dünger lege man zwischen, niemals auf die
Pflanzen; sonst saulen diese. Alles Baumlaub kommt auf
den Komposthaufen, dem man Kalk beimischt zwecks Ver-
tiefung von Ungeziefer und Schädlings. Die im Juni an-
gelegten Obstmadenfallen sind Ende des Monats vorsichtig
abzunehmen und zu verbrennen, die Stämme zu säubern.
Das Obstlager ist alle paar Tage durchzumistern. Dabei
entferne man alle beschädigten Früchte zur sofortigen Ver-
wendung.

— Sächsischer Gewerbetag am 2. Am
2. September fand in Chemnitz eine Sitzung des Sächsischen
Gewerbetages statt, dessen Vorortskammer in diesem
Jahre die Gewerbetag-Kemnitz ist. Der Beginn der
Verhandlungen galt dem Entwurf eines Arbeit-
nehmer-Kemmitzes. Der Kemmitz stimmte
der Schaffung von amtlich anerkannten Berufsvertretungen
für die Arbeitnehmer zu und schlug zu einzelnen Para-
graphen des vorliegenden Entwurfs zweckmäßige Abände-
rungen vor. Zur Frage des Preisaufschlags auf
verpackte Waren trat der Kemmitz zunächst der vom
Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ver-
tretenen Ansicht entgegen, daß auch nach Neufassung der Be-
kannmachung über die äußere Kennzeichnung von Waren
vom 19. Mai 1922 der § 2 der Verordnung vom 18. Mai
1918 noch in Kraft sei, nach welchem der Preis für Gegen-
stände des täglichen Bedarfs, die zum Weiterverkauf unter
Verletzung eines Kleinverkaufspreises geliefert worden sind,
nicht erhöht werden dürfen. Im Zusammenhang hiermit be-
schäftigte sich die sächsische Gewerbetag-Kemmitz mit
der Wirkung der Preisstreikverordnung auf
Einzelhandel, Handwerk und Gewerbe, soweit für letztere
Gegenstände des täglichen Bedarfs in Betracht kommen. Der
Kemmitz wies darauf hin, daß die Gerichte und sonstigen
zuständigen Stellen bei Anwendung der Bestimmungen der
Preisstreikverordnung dem durch die Entwertung des
Geldes herbeigeführten Zustand auf dem Warenmarkt nur
abgerund Rechnung tragen. Es wurde erklärt, daß dem
Handel und dem Gewerbe, wenn sie ihre Existenz nicht in
Frage gestellt sehen wollen, unbedingt gehalten sein muß, in
den Zeiten der jetzigen, irrunhaft steigenden Geldent-
wertung für ihre Waren einen Verkaufspreis zu fordern,
der ihnen die Anschaffung der nächsten, im Einkaufspreis
bedeutend höheren Waren ermöglicht. Weiter beschlossen die
sächsische Gewerbetag-Kemmitz, zur Hebung der Ver-
kehrs-Ausbildung im Schneiderhandwerk
einen größeren Betrag aus dem sogenannten „Textilien-
fonds“ bereitzustellen, Anträge von Innungen auf Bewilli-
gung von Beihilfen sind über den Verband Sächsischer
Schneider-Innungen an die jeweils zuständige Kemmitz
zu leiten. Zur Frage der Unterstützung des Sächsi-
schen Innungsboten“ erklärten die sächsische
Gewerbetag-Kemmitz, daß sie in Fortsetzung dieser Beihilfen
für dringend erwünscht halten und es lebhaft begehren
würden, wenn das Blatt infolge der hohen Kosten für
Papier und Drucklöhne sein Erscheinen einstellen müßte.

— Verkaufverbot für Fabrikartoffeln.
Da bereits aus einzelnen Landesteilen über erheblichen
Wagengemangel Klagen vorliegen, hat sich das Reichsmini-
sterium für Ernährung und Landwirtschaft zwecks späterer
Durchführung der Winterverordnung der Bevölkerung mit
Kartoffeln entschlossen, bei dem Herrn Reichsverkehrs-
minister ein vorübergehendes Verbot für Fabrikartoffeln
zu beantragen. In der Zeit vom 1. bis 15. Oktober
einschließlich soll der Verkauf von Kartoffeln nach Stärke-
fabriken, Molkereifabriken, Trocknereien und Brennereien
mittels Eisenbahn unterbleiben.

— Rückfälliger Beiträger. Der 1900 zu Delfig
bei Mies geborne, bereits schwer vorbestrafte Kraftwagen-
fahrer Otto Bernhard Eduard B. hatte ihm Frühjahr bei
einem Wittergusspöchter in Kommisch Anstellung ge-
funden, war aber später mit dem ihm dort übergebenen
Kraftwagen abgewandert. B. benützte den Ausweis,
um alsdann in drei Fällen in Reichen und Dresden Ver-
kehrsprüfung Dresden ein Dienstad. Das Schöffens-
gericht zu Dresden verurteilte den rückfälligen Beiträger
und Dieb zu insgesamt einem Jahr drei Monaten Gefängnis
und 700 Mark Geldstrafe, sowie zu dreijährigem Verlust
der bürgerlichen Ehrenrechte.

— Das Abrennen der Jüge fällt weg. Mit
Einführung des Winterfahrplans am 8. Oktober 1922 fällt
das Abrennen der Jüge in den Warteräumen des Bahnhofs
Mies weg.

— Lokal-Erfindungsschau. Vom Patentbüro
Kreuzer, Dresden-Alt. Max Schreiber, Walda bei Großen-
hain: Flugfahrrad. (Gm.) — Bruno Bartel, Mies: Roll-
schuh. (Gm.) — Gerhard Rauehendorf, Klein-Böhlitz bei
Groß-Pöhlitz: Gekochte für Strohpresse. (Gm.)

— Fahrpreise in tschechoslowakischen
Kronen. Vom 1. Oktober 1922 an sind die Fahrpreise für
den Verkehr von den Stationen Bodenbach, Geer, Engels-
berg-Graben, Franzensbad, Reichen, Krákov, Nachendorf,
Reichenberg, Teichow und Weiskirchen (Reiche) und nach
allen Reichsbahnstationen für die gesamte Strecke in
tschechoslowakischen Kronen zu entrichten. Der den Fahr-
karten in Mark aufgedruckte Teilfahrpreis wird nach dem
von der Eisenbahnverwaltung festgesetzten Kurs in Kronen
umgerechnet.

— Tschechische Retorsionen“ gegen Sach-
sen! Wie den „S. N.“ gemeldet wird, hat die Weiger
Regierung „Vergeltungsmassnahmen“ (Retorsionen) nach
berühmtem Muster gegen Sachsen angeordnet wegen der
von Sachsen erlassenen Ausweisung- und Ausverkaufs-
massnahmen. Die tschechische Regierung hat nicht nur die
Gastspiele deutscher Künstler und Artisten in Böhmen ver-
boten, sondern auch den sächsischen Beamten, die beruflich
in der Tschechoslowakei zu tun haben, eine unangenehme
Ueberraschung dadurch bereitet, daß sie ihnen jetzt das Wisum
voll oder zu einem erheblichen Teilbetrag anrechnen, wäh-
rend diese Beamten es bisher umsonst erhalten haben. Die
Tschechen beschwerten sich in der Hauptsache über drei Punkte:
1. über die angeblich harte Verfolgung der Kaufleute,
2. über die Ausweisungsmassnahmen, und 3. über die Erhebung

hoher Aufenthaltserlaubnisgebühren, die zwischen 10000
und 35000 Mark schwanken.

— Ein Wahlenlauf in Bismark. Ueber die
Wahl in Sachsen äußert sich der berechtigte Innenminister
Bismark in einem wohl als Privatarbeit aufgearbeiteten Auf-
satz in der sächsischen Staatszeitung. Er geht zunächst auf
die früheren Wahlen ein und verweist, an statistischem
Material nachzuweisen, daß das ungünstige Ergebnis
der letzten Landtagswahlen (49 Sozialdemokraten gegen
47 Bürgerliche) allein auf die Sprengung der U.S.B. in
Dalle zurückzuführen sei. Die kommenden Landtagswahlen
sänden unter anderen Voraussetzungen statt. Die sozial-
demokratische Mehrheit Sachsens habe den Beweis erbracht,
daß sie die Interessen des Volkes, insbesondere des arbeiten-
den Volkes, rechtlos gewahrt habe. Es folgt dann eine Auf-
zählung von Leistungen der Regierung, unter denen die
Demokratisierung der Verwaltung eine Hauptrolle spielt.
Besonders viel vermisst er sich von der Einheitsfront der
sozialistisch bewussten Arbeiterschaft, die die Schwungkraft
der Arbeiterbewegung steigern und die Lässigen mitziehen
werde. Am Schlusse seiner Ausführungen glaubt Herr
Bismark so optimistisch sein zu dürfen, daß er eine bürger-
liche Mehrheit bei der Landtagswahl in Sachsen für aus-
geschlossen hinstellt. Es sei sogar möglich, meint er, bei den
Landtagswahlen eine rein sozialistische Mehrheit, sei von
kommunistischen und bürgerlichen Einflüssen, zu erlangen.

— Das Sächsische Jugtiergesetz. Be-
kanntlich ist im Kraftfahrzeugsteuergesetz die Ueberweisung
der Kraftfahrzeugsteuererträge in voller Höhe an die
Länder an die Bedingung geknüpft worden, daß diese eine
Fahrzeugsteuer einführen. Das sächsische Wirtschaftsmini-
sterium hat geantwortet, aus wirtschaftlichen Gründen dahin
wirken zu sollen, daß statt der Fahrzeugsteuer eine Jugtier-
steuer eingeführt wird, weil sonst die Gefahr einer Ver-
schlaffung des Wagenparks bestände hätte. Zu dem den
sächsischen Handelskammern vorgelegten Entwurf eines
derartigen sächsischen Jugtiersteuergesetzes liegt jetzt das
Gutachten der Handelskammer Wahren vor. Dasselbe sprach
sich dahin aus, daß die Einkommen aus einem Jugtiersteu-
ergesetz der im Entwurf vorgelegten Art, wie an einzelnen
Beispielen festgestellt werden konnte, für so gering zu halten
seien, daß bei der Höhe der Wegeunterhaltungskosten den
Gemeinden durch das Steuerertragsvermögen keine fühlbare
Erleichterung zuteil werden würde, zumal die Kosten der Er-
hebung vermutlich einen sehr beträchtlichen Teil der Ein-
nahmen aufzehren werden. Diese Besteuerungart sei also
aus diesem Grunde nicht für besonders günstig zu erachten.
Dem sei auch noch hinzuzufügen, daß die Jugtiersteuer
die gleichen Objekte treffe, die auch die sächsische Gewerbe-
steuer unter der Betriebsanlage erfasse. Im übrigen sprach
sich die Handelskammer Wahren vor allem nachdrücklich
gegen die vorgesehene Ermächtigung an die Bezirksverbände
bzw. Gemeinden, die Steuer bis auf das Dreifache zu erhöhen.

Zu spät kommt

wer nicht heute noch das Mieser Tage-
blatt für Monat Oktober bezug, das
vierte Vierteljahr 1922 bestellst. Wer
ständiger Leser werden will, wende sich
bisherhalb persönlich oder schriftlich an
die Tagesblatt-Geschäftsstelle in Mies,
Bockstr. 59. Von dort aus wird ihm
der bequemste Weg zur Bestellung des
Mieser Tagesblattes nachgewiesen.

— Die Bezirksverbände und Gemeinden würden von
dieser Ermächtigung zweifellos bei ihrer Geldnot bis zur
höchstmöglichen Grenze Gebrauch machen. Das seien aber Beträge,
die außerhalb einer erträglichen Beziehung zu den Werten
der Jugtiere ständen, zumal diese doch auch durch die sächsische
Gewerbesteuer belastet seien. Eine Erhöhung der Steuer-
sätze könnte überhaupt nicht in Betracht gezogen werden.
Im übrigen würde, soweit die Bezirksverbände und die
Gemeinden nicht bis an die zugestimmte Höchstgrenze heran-
gehen, eine Differenzierung der einzelnen Bezirke eintreten,
die unerwünschte Unterschiede in der Konturenfähigkeit
der Betriebe zeitigen müßte. Es wäre wohl überhaupt besser,
wenn die Steuer vom Staate erhoben würde, der das
Steuerertragsvermögen auf die Beteiligten nach Maßgabe ihres
Bedarfes verteilt, denn dann würde die geringere Leistungs-
fähigkeit der ärmeren Gemeinden, die hohe Wegebaukosten
haben, wie z. B. die des oberen Erzgebirges, ausgeglichen
mit den bessergestellten Gemeinden mit niedrigen Lasten,
wie z. B. im Flachlande. Im übrigen forderte die Handels-
kammer Wahren bei Einführung des Jugtiersteuergesetzes
und nach Einführung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes, daß
von der Erhebung von Straßen- und Eisenbahnen durch
die Gemeinden abgesehen werde, denn das Aufkommen aus
den den Verkehr belastenden neuen Steuern solle ja zur
Instandhaltung der Wege dienen, sodas die Erhebung von
Sonderabgaben, die den Verkehr stark belastigen, entbehrlich
sei. Außerdem dürfte aus dem gleichen Grunde wohl die
Aufhebung des § 17 des Gesetzes über die Wegebaupflicht
vom 12. Januar 1870 in Erwägung zu ziehen sein.

— Starb. Auf der Kösen-Döbener Staatsstrasse in
der Nähe eines Kuhstalles wurde am Mittwoch nachmittags
12 Uhr eine Kuhstall getrieben. Da kam ein Döbener
Automobil die feste Stelle der Strasse heraus gefahren. Der
Wagenfahrer konnte nicht sehen und auch nicht wissen, daß
jemand der Kuhstall getrieben und die Strasse einnahm. Als
das Auto auf die Kuhstall gelang war, brach es sofort, konnte aber nicht
verhindern, daß eine Kuh vor den Wagen lief und angefahren
wurde. Bei dem Zusammenprall mit der Kuh wurden die
beiden Insassen aus dem Wagen geschleudert, sie kamen
glücklich ohne Verletzungen davon. Der Kuh aber
wurde ein Bein gebrochen, und sie mußte geschlachtet werden.
Das Automobil wurde stark beschädigt. Der Unfall macht
zur Vorsicht beim Treiben von Viehherden auf Straßen mit
Kraftwagenverkehr.

— Dresden. In der Dresdener Stadtverordnetenversammlung
wurde die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen
Fraktionen bekanntgegeben. Eine Ratsvorlage, die von den
bürgerlichen Fraktionen unterstützt wurde, betreffend eine
Hilfsaktion zugunsten des Bundes der Kinderreichen wurde
mit den sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Weiter
wurde beschlossen, den Rat zu ersuchen, darüber Auskunft
zu erteilen, ob es den Tatsachen entspricht, daß in Dresden
bei einer Wohnungsnotlage von 1914 bequem alle Wohnungs-
losen untergebracht werden könnten!

— Pirna. Ein hiesiger Schneiderlehrling hatte einem
Freund in mehreren Fällen ein leeres Blatt Papier vor-
gelegt und ihn dann zu veranlassen gewußt, seinen Namen
darauf zu schreiben. Dieses Papier verwandelte der Schnei-
derlehrling durch Zufall einer entsprechenden schriftlichen
Erklärung in einen Schuldschein, der auf diese Weise die
Unterstützung seines Freundes trug. Der Lehrling hatte sich
so „Geld zu machen“ verstanden. Sein unredliches Tun
wurde jedoch erkannt und erfolgte seine Festnahme wegen
Betrugs und Urkundenfälschung.

— Ramens. Als am Dienstagabend der hier wohnende
Eisenbahnkassierer Emil Borgmann den abends 9.20 Uhr
hier eintreffenden preußischen Zug kurz hinter Bahnhof
Senftenberg verlassen wollte, um die Fahrkarten zu kon-
trollieren, schlug die Abteilkiste an eine an der Bahnlinie
stehende Gartensäule an und betrat bestig zurück, daß Borg-
mann zwischen Kiste und Wagen geriet und schwere Ver-
letzungen erlitt. Infolge des kurzfristigen Schlags wahr-
scheinlich bestunnt worden, wurde er vom Trieb-

breit und geriet unter den Zug, wodurch ihm weitere schwere
Verletzungen zugefügt, u. a. auch ein Bein abgefahren
wurde, so daß er den Tod erlitt.

— Die übrigen. Aus dem Rittergutsteich wurden dieser
Tage von Kindern und Erwachsenen etwa 40 Schlaraffen
geköhlt.

— Leipzig. Die für Donnerstag nachmittag von der
Reichsregierung sozialdemokratischen Partei und dem Leipziger
Gewerkschaftsrat nach dem Augustusplatz angelegte De-
monstration gegen den Preiswucher zeigte eine Beteiligung
von etwa 10000 Personen. Es sprachen einige Redner zu
der Menge, die die Schuld an den hohen Lebensmittelpreisen
der aufgehobenen Zwangswirtschaft betrafen und heftige
Angriffe gegen das Reichs Ernährungsministerium richteten.
Die Redner wurden aufgefordert, sich gegen die Maß-
nahmen des Reichs Ernährungsministeriums zu wehren. Die
Demonstration nahm einen ruhigen Verlauf.

— Leipzig. Anfang dieses Jahres wurde die Leipziger
Einwohnerschaft durch eine Reihe schwerer Einbruchsdie-
bstähle, die auf höchst raffinierte Art ausgeführt waren, be-
unruhigt. In der Nacht zum 16. Mai hatten sich Einbrecher
räume des Juwelers Güttig am Thomaskirchhof verhaftet
und Gold- und Silberwaren im Wert von 180000 Mark ent-
wendet. Die ganze Kri des Einbruchs, alle Begleitumstände
und Spuren führten die Kriminalpolizei auf die Fahre der
Verbrecher, die sich nach einem kurzen Aufenthalt in Leipzig
nach Berlin gewendet hatten. Einige Tage nach dem Dieb-
stahl reiste ein Mitglied der Bande, das in Leipzig zurück-
geblieben und der Polizei bekannt geworden war, seinen
Komplizen nach. Ohne daß der Mann es bemerkt hätte,
machten zwei Kriminalbeamte mit ihm im gleichen Wagen-
abteil die Fahrt nach Berlin mit. Er und seine Genossen,
die ihn auf dem Anhalter Bahnhof empfingen, wurden ver-
haftet. Die Verhafteten wurden nach Leipzig zurückgeschafft.
Hier gelang es der Polizei, auch noch einen vierten Kompli-
zen in Zuchthaus festzunehmen. Mit dem Rückhalt,
dem Mechaniker Alfred Franz Vojatz, dem Handlungs-
gehilfen Hermann Kurtsch, dem Händler Otto Walter
Stemmler und dem Händler Max Albert Kahl hatte die Po-
lizei einen guten Fang gemacht. Hier vorher hatten
Vojatz und Kurtsch bereits der Villa des Kommerzienrats
Philipp in der Kaiser-Wilhelm-Strasse einen Besuch abge-
gibt und Silberfächer im Wert von 100000 Mark, außer-
dem Wein und Zigarren geköhlt. Am 19. Februar ver-
stärkte Vojatz mit einem unbekannt gebliebenen Gefährten
einen Einbruch in die Wohnung der Frau Ennehardt am
Hindmühlweg, wo ihnen Gold- und Silberfächer,
Münzen usw. im Werte von 40000 Mark in die Hände
fielen. Stemmler und Kahl übernahmen die gestohlenen
Sachen, schmölgen das Edelmetall ein und verkauften die ge-
wonnenen Barren für 62000 Mark. Beide Gefährten erhielten
von dem Erlös je 10000 Mark. Die vier Komplizen hatten
sich jetzt vor der sechsten Strafkammer des hiesigen Land-
gerichts zu verantworten. Vojatz wurde zu 10 Jahren
Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust, Kurtsch zu
6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust,
Stemmler zu 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehren-
rechtsverlust und Kahl zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis
verurteilt.

Bermischtes.

— Kampf mit einer Räuberbande. Wie das
„Berliner Tageblatt“ meldet, drang eine aus 30 Personen
bestehende, mit Handwagen ausgerüstete Bande in die Ge-
meinde Uehna ein, um die Ökonomie zu
rauben. Zwischen den Bauern, die sich mit Revolvern be-
waffnet hatten, und den Räubern kam es zu einer regel-
rechten Schlacht, in deren Verlauf zwei Personen schwer und
6 leichter verletzt wurden. Die inzwischen alarmierte
Gendarmerie verhaftete die Räubersführer der Bande.

— Eine Massenmörder-Familie. Vor der Straf-
kammer in Graudenz wurde, wie der „Berl. Lokal-An-
zeiger“ berichtet, in vierjähriger Verhandlung eine Mörderbande ab-
geurteilt, die seit der Befreiung Westpreußens durch die
Polen im Jahre 1919 in den Kreisen Briesen, Schwedt, Culm
und Neuwitz in grauenhafter Weise gehandelt hatte. Der Führer
der Bande war ein gewisser Franz Jankowski, die übrigen
Mitglieder der Bande gehörten alle seiner Familie an. Es
waren zwei Söhne, zwei Töchter, ein Schwiegersohn und
zwei Neffen des Anführers. Die Bande hat über 30 Dieb-
stähle, Brandstiftungen und Mordanschläge ausgeführt und
dabei 20 Menschen umgebracht. Sie arbeitete mit Messern,
Äxten und Revolvern. Abgelegene Geschosse wurden un-
verändert und die Bewohner niedergemetzelt, in vier Fällen
ganze Familien. Im Januar d. J. wurde das Gut Bromke
bei Schwedt überfallen und acht Menschen, darunter vier
Kinder, mit der Axt erschlagen und darauf das Gehöft an-
gezündet. Kurz danach wurde die Bande von Polizei-
patrouillen festgenommen. Der Vater Jankowski erklärte
bei der Verhaftung, er wolle sich gern den Kopf abhengen
lassen, er habe genug Menschen umgebracht. Die Verhand-
lung erbrachte entsetzliche Einzelheiten. Der Verurteil-
te Mann gehandelt ein, daß er seine eigene Tochter vergewaltigt
habe. Bei einem Kirchenraub hatte die Bande die gewählten
Kosten zerstört und die Kirche verbrannt. Die bei den
Raubüberfällen ermordeten Bauern und Förster waren vor
ihrem Tode in größtlicher Weise verstümmelt worden. Der
Vater Jankowski und seine beiden Söhne wurden wegen
vielfachen Mordens und Raubens zum Tod und zu je
15 Jahren Zuchthaus verurteilt; die beiden
Töchter wurden freigesprochen.

— Ein falscher Abignon-Gefangener. In
Mühlhausen war vor einigen Tagen ein junger Mensch
aufgetaucht, der sich Michael Schmidt nannte und angeb-
lich, soeben nach achtjähriger französischer Kriegsgefangenschaft
aus Abignon in die Heimat entlassen worden zu sein. Auf
die Schilderung seiner Leiden hin wurden ihm reiche Spen-
den übermittelte. Die Mühlhäuser Polizei hat jetzt fest-
gestellt, daß es sich um einen Schwindler handelt, der nie-
mals gefangen war. Der Betrüger ist spurlos ver-
schwunden.

— Die Opfer der Explosionskatastrophe von
Spezia, über die wir gestern berichtet haben, belaufen sich
nach den letzten Meldungen auf 150 Tote und 650 Ver-
wundete. Es sind schon 144 Leichen geborgen worden. Die
Ursache wird nach den neuesten Feststellungen in einem
Kurzschluß im Munitionslager erblickt. Der Marine-
minister ist nach der Unfallstelle abgereist. Aus allen
Teilen Italiens, sowie aus dem übrigen Italien sind Hilfs-
expeditionen abgegangen.

— Die Berliner Kinospieler wieder. Zwischen
dem Hauptauschuß für das Kinospielgewerbe und dem
Reichsrat ist es zu einer endgültigen Verständigung ge-
kommen. Die Berliner Kinospielhäuser haben am Freitag
den Betrieb wieder aufgenommen.

— Der Bund vom grünen Bande. In Frankreich
ist ein Bund vom grünen Bande gegründet worden, dessen
Mitglieder unter diesem Abzeichen glücklicherweise in den Oesen
der Erde einlaufen wollen. Dieser Bund hielt nun vor-
kurzem seine erste öffentliche Sitzung ab, und es waren zahl-
reiche Damen jeden Alters erschienen, um dieser feier-
reichen Veranstaltung beizutreten. Wie der Vorsitzende über
die eingehenden Reden mitteilte, wird der Bund
Bälle, Teegesellschaften und Ausflüge veranstalten, bei
denen seine Anhänger und Anhängerinnen die bestmögliche
Gelegenheit haben, sich kennen zu lernen und sich zu nähern.
Niemand ist gezwungen, seinen Namen anzugeben; aber
jeder muß sich unter einem bestimmten Namen in die Bund-